

PPP, Erfahrungen und Ideen

Stefan Walser

Die Schweizerische Post, Head Government-Sector

Das Projekt EWID Zuweisung

- Auftrag
- Motivation
- Wirtschaftliche Voraussetzungen
- Angebot
- Prozess
- Zeitrahmen
- Einige Zahlen
- Bewertung

Ideen für PPP

Auftrag Registerharmonisierung:

- Die Gemeinden mussten dem BFS im Hinblick auf die Volkszählung 2010 harmonisierte Daten zu den Haushalten zur Verfügung stellen (RHG/RHV).
- Die Haushaltsbildung kann sichergestellt werden, indem allen Personen im Einwohnerregister ein Wohnungsidentifikator (EWID) aus dem eidg. Gebäude- und Wohnungsregister zugewiesen wird

Art. 28 RHV regelt die Fristen:

- Stichtag für die VZ 2010 ist der 31.12.2010
- der EWID hingegen ist erst ab 31.12.2012 in allen Einwohnerregistern zu führen

Motivation für das PPP-Projekt

- *Fazit:* Idealerweise vollziehen die Kantone bzw. Gemeinden die EWID-Zuweisung bereits im Vorfeld der VZ 2010 und nutzen so die Synergien für die Haushaltsbildung. Die Daten müssen so nur einmal bearbeitet werden, was zu Kosteneinsparungen führt. Das BFS empfiehlt den Kantonen dieses Vorgehen ausdrücklich.
- Die Komplexität für HH-Bildung, EWID-Zuweisung und vor allem die GWR-Bereinigung vervielfacht sich in Abhängigkeit zur Siedlungsstruktur und erfordert gute Kenntnis der lokalen Begebenheiten. Dies stellt vor allem für Gemeinden mit > 5'000 Einwohnern eine grosse Herausforderung dar.
- Die Post stellt eine flächendeckende, einheitliche Umsetzung in hoher Qualität sicher
⇒ „PPP“ zw. Post, BFS und Kantonen / Gemeinden

Wirtschaftliche Voraussetzungen für Roll-out

Minimales Mengengerüst

1.7 Mio. Personen in (ca.) 165 Gemeinden

- Diese „kritische Masse“ beziffert die minimale Anzahl an Gemeinden, die für eine kostendeckende Auftragsabwicklung der Post ausreicht, wenn sie vom Leistungsangebot Gebrauch macht

Optimales Mengengerüst

4.0 Mio. Personen in (ca.) 675 Gemeinden

- Je mehr Gemeinden vom Angebot der Post für die EWID-Zuweisung mit Hilfe einer Wohnungsnummer Gebrauch machen werden, desto günstiger wird die Leistungserbringung für die einzelne Gemeinde auf Grund positiver Skaleneffekte

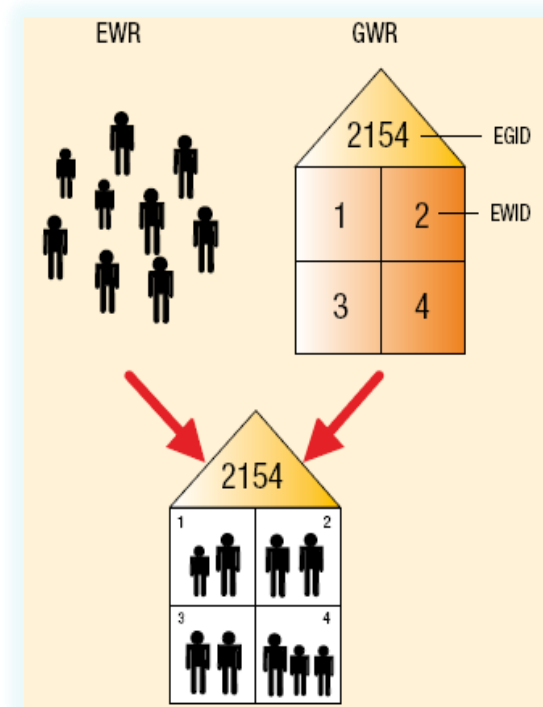
Angebot an die Gemeinden, Kantone

EWID - Zuweisung:

- Jeder Person im Einwohnerregister ist der EGID sowie der EWID der von ihr bewohnten Wohnung aus dem eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister zugewiesen
- Alle Personen mit identischer EGID / EWID - Kombination wohnen in derselben Wohnung und bilden gemeinsam einen Haushalt

Teil der Registerharmonisierung

Grundlage für VZ 2010

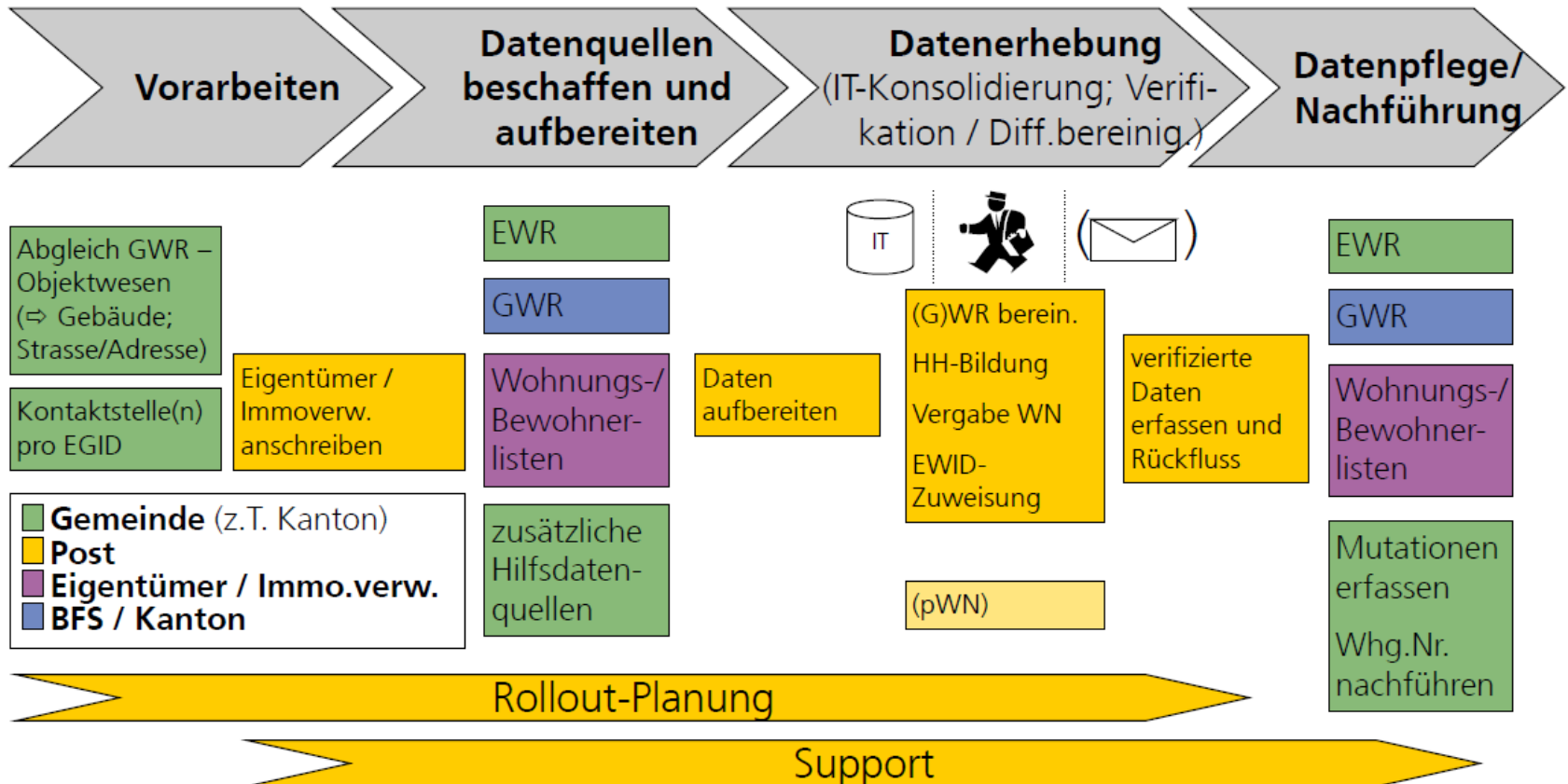


Die Post unterstützt mit ihrem Angebot die Kantone und Gemeinden, für die **EWID – Erstzuweisung** das bestmögliche Resultat mit optimiertem Aufwand zu erreichen. Dies im Rahmen des gesetzlich definierten Auftrags und entsprechender Umsetzungsbestimmungen in den Gemeinden.

EWID Zuweisung



Prozess



Zeitraahmen

- Januar 2007, erste Gespräche BFS und Post
 - April 2007, gemeinsames Projektteam, Start Lösungsentwicklung
 - Februar 2008, Abschluss Partnerschaftsvertrag BFS und Post
 - April 2008, Start minimales Mengengerüst erreicht
 - September 2008, Kritische
 - Januar 2009, Start mit Pilotkanton Basel Stadt
 - April 2011, Datenlöschung und Projektabschluss
-
- ✓ Lange Projektlaufzeit
 - ✓ Aufwendige Projektarbeit
 - ✓ Vorinvestitionen ohne garantierten ROI

Einige Zahlen

- 113'136 Liegenschaftsverwaltungen & Hauseigentümer angeschrieben und zur Datenlieferung aufgefordert
- 442'217 Gebäude, 1.144 Mio. Wohnungen und 2.548 Mio. Personen verarbeitet
- insgesamt 97'000 Gebäude in der Vorortbegehung durch ca. 2'000 Postboten angelaufen
- 711'410 Wohnungen und 1.412 Mio. Personen verifiziert und zurückerfasst
- für 209'963 Haushalte wurde ein Selbstdklärationsformular gedruckt und versendet
- 97'874 E-Mails bis Ende Dezember 2010 über das Postfach info.ewid@post.ch erfasst
- 83'168 Anrufe über die Hotline-Nr. 0800 39 00 39 entgegengenommen

Positiv

- Gute Zusammenarbeit
- Spirit im Projekt
- Profitables Projekt
- Einheitlicher Lösungsansatz
- Synergien zu AMP-Projekt
- Partnerschaft

Negativ

- Viel Überzeugungsarbeit nötig
- Föderalismus
- Kundenerwartungen nicht immer erfüllt
- Kein Pilot
- Geringe Nachhaltigkeit

- ✓ Vorhaben wäre als „klassisches“ Projekt im gegebenen Zeitrahmen nicht umsetzbar gewesen
- ✓ PPP war sinnvoll und auch partnerschaftlich
- ✓ Post „würde es wieder tun“



Ideen für weitere PPP-Potentiale

Zukunftsthema E-Policy

- Schweiz ist in der Wettbewerbsfähigkeit Top, im Bereich E-Readyness nur Mittelfeld, im E-Government Schlusslicht
- Geringe Synergien zwischen E-Business, E-Government und E-Healthcare
- Geringe Synergien zwischen den föderalen Ebenen
- Paralleler Aufbau von Services und Infrastrukturen in Verwaltung und Wirtschaft
- E-Government-Gap zwischen Gemeinden und Bund
- Einbezug der Wirtschaft (ausser IKT-Industrie) gering
- Geringe internationale Interoperabilität
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind auf das jeweilige Projekt begrenzt

Wikipedia, Geschichte der SBB

„In der Schweiz waren im 19. Jahrhundert noch alle Bahnen im Besitz privatrechtlicher Gesellschaften. Die wirtschaftlichen und regionalpolitischen Interessen der Gesellschaften führten zum finanziell desaströsen Bau praktisch parallel verlaufender Eisenbahnstrecken, der die als Gegenstück zu den grossen Gesellschaften konzipierte Nationalbahn in den Konkurs trieb. Die bedingungslose Gewinnstrebigkeit der monopolistisch aufgestellten Gesellschaften (Regionalmonopole) führte zu heftiger öffentlicher Kritik....“

Zukunftsweisende Infrastrukturentscheide unserer Vorväter:

- Eisenbahn => SBB
- Post
- Telefon
- Elektrizität
- Strassen
- ✓ Infrastrukturen für die Industriention

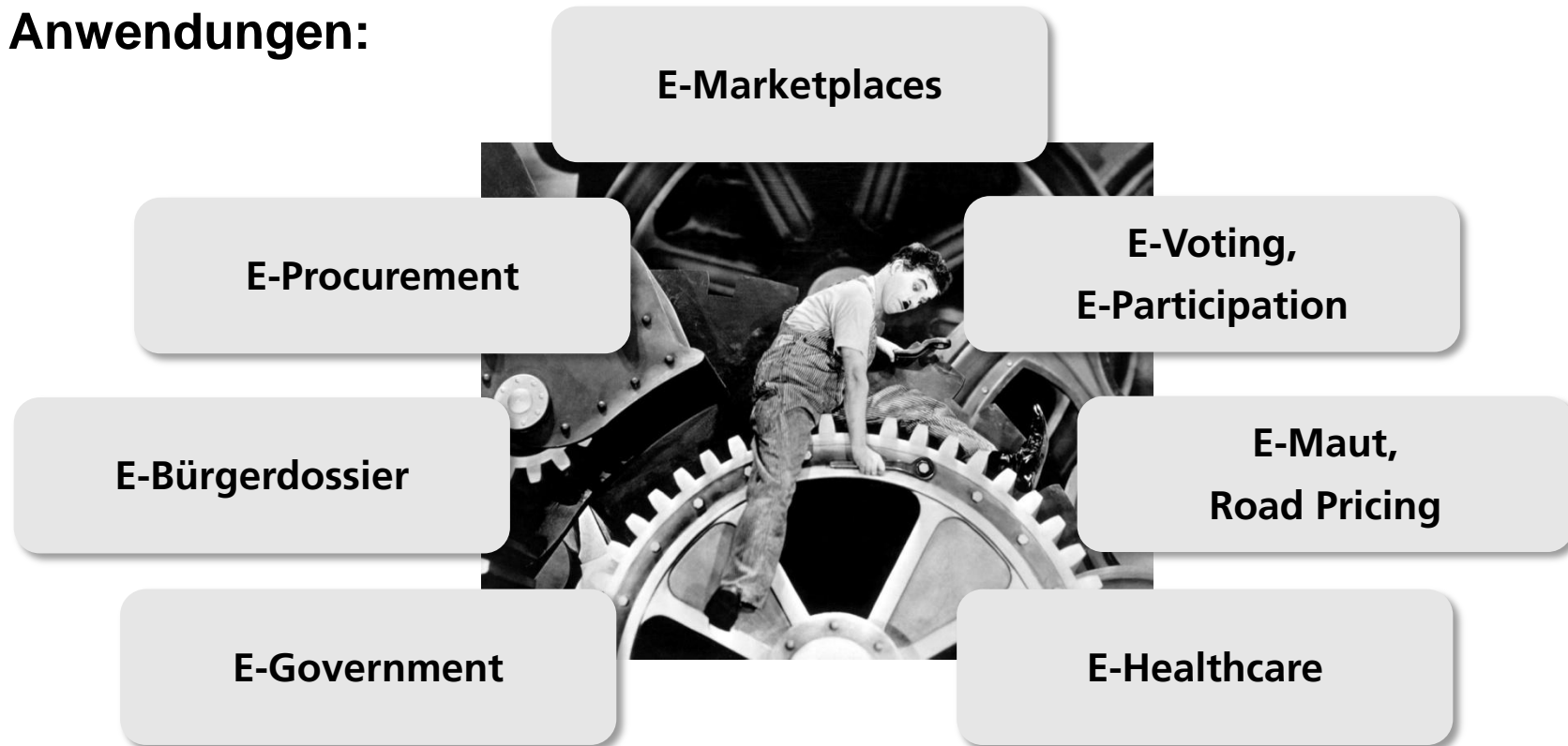
Die Dienstleistungsnation erfordert neue Infrastrukturen

- IKT-Netzwerke
 - FTTH
 - Günstiger Access
- Basisdienste
 - Identity Access Management (IAM)
 - Sichere Kommunikation
 - Payment
 - ...

Die Alternativen:



Anwendungen:



- Optimale Nutzung knapper Ressourcen
- Unterstützung der Tätigkeiten einer Dienstleistungsnation
- Steigerung der Produktivität

PPP als Basis zur Realisierung der Infrastrukturen der Zukunft

- „Staat soll Steuern nicht rudern“
- Fokus auf Regulation und Anschubfinanzierung
- Technologische Evolution ist zu schnell für herkömmliche Ansätze wie Monopole
- Basistechnologien sind vorhanden
- Durch Investitionsanreize kann die „Time to Market“ verringert werden
- Interessante Geschäftsmodelle durch Koexistenz regulierter und offener Dienstleistungen

Die Zeit ist reif, das Thema anzugehen!

Herzlichen Dank für Ihr Interesse!